

HEIZUNG UND ENERGIE: DIE SIAMESISCHEN ZWILLINGE

KOMMENTAR Georg Patay, Geschäftsführer des Mobilenergieanbieters „energy4rent“, ist seit fast drei Jahrzehnten in der HLK-Branche in unterschiedlichen Managementfunktionen sowie in Verbänden aktiv. Für SHK-AKTUELL beleuchtet der ausgewiesene Branchenkenner regelmäßig unterschiedliche Haustechnikthemen aus seinem Blickwinkel.



Georg Patay,
Geschäftsführer
der „energy-
4rent“

In Zukunft wird der Preis eines Energieträgers und seine Verfügbarkeit das Wachstum der jeweiligen Heiztechnologien noch stärker beeinflussen. Denn gerade im großen aber überalterten Bestandsmarkt benötigt der Konsument stichhaltige Argumente für eine allfällige Umstellung seines Heizsystems.

Wechsel-Trigger

Wenn der „TDI-Effekt“ nicht greift, das heißt: hohe Umstellungskosten versus langfristig geringe Heizkosten, dann wird der Umstieg trotz hoher Förderungen nicht durchgeführt.

Hier sehe ich eine große Gefahr für die nötige Defossilisierung unseres Energiesystems. Die Historie zeigt, dass Energieträger und Technologie immer schon untrennbar miteinander verknüpft waren. Verfügbarkeitsdiskussionen mit den einhergehenden Verunsicherungen der Konsumenten, aber auch steigende Energiepreise wirkten sich immer auf das Wachstum der Heiztechnologie aus. Schon in den siebziger Jahren bewirkte der

Preisanstieg von Heizöl eine Veränderung des Kaufverhaltens. Die damaligen stabilen Erdgas- und Strompreise verhalfen im nachfolgenden Jahrzehnt der Gas-Brennwerttechnik bzw. den Wärmepumpen zu ersten Wachstumsschüben. Aber auch die schwankenden Pelletspreise gepaart mit Verfügbarkeitsdiskussionen führte in den letzten zwei Jahren zu einem über 50 Prozent Rückgang bei Pelletsheizungen.

Auch der jüngst publizierte Bericht der EHPA kommt zur ähnlichen Erkenntnissen, dass das Wärmepumpen-Wachstum stark vom Strompreis und von stabilen Rahmenbedingungen abhängig ist. Die Analyse über ganz Europa zeigt, dass in Ländern, wo die Strom-/Gaspreis-Relation gut ist, auch ein signifikantes Wärmepumpen-Wachstum bezogen auf 1000 Haushalte vorhanden ist – wie etwa in den nordischen Ländern, Frankreich oder Holland. In Ländern wie England, Deutschland oder Ungarn wurde das Wärmepumpen-Wachstum durch eine schlechte Preisrelation und eine starke Verunsicherung der Konsumenten negativ beeinflusst. Österreich liegt in diesem Zusammenhang im schlechteren Mittelfeld.

Aktuell haben die Energieversorger ihre Netzentwicklungspläne (NEP) für die nächsten zwei Jahre vorgelegt. So werden etwa zwei Milliarden Euro pro Jahr in Strominfrastruktur investiert und die Übertragungsleistung in den nächsten fünf Jahren verdoppelt. Diese Vorhaben bedeuten aber einen sprunghaften Anstieg der Stromnetzkosten und somit des Stromgesamtpreises für die nächs-

ten Jahre. Sollte die Ukraine aufgrund der auslaufenden Verträge mit Russland die Durchleitung vom russischem Erdgas Anfang 2025 tatsächlich stoppen, so wird ein Gaspreisanstieg kaum zu vermeiden sein. Und höhere Erdgaspreise, werden mit Sicherheit auf die Strompreise durchschlagen.

Was ist nun zu tun, damit der Strompreis in den nächsten Jahren nicht durch die Decke geht und die Wärmepumpe an Attraktivität nichts verliert? Aus meiner Sicht müsste der Staat den Ausbau der Energieinfrastruktur (Strom und grünes Gas) finanzieren und nicht von uns Konsumenten getragen werden. Im Gegenzug müssten alle bestehenden Technologieförderungen gestrichen werden, mit Ausnahme von reinen Anschubfinanzierungen von neuen Technologien wie z.B. Elektrolyseure im Rahmen einer Wasserstoff-, Methanol- bzw. Ammoniakstrategie. Der derzeitige teure und bürokratische Kompetenzdschungel zwischen Finanz- und Klimaschutzministerium, FMA-Aufsicht und KPC muss dringend entwirrt werden. Auch Ge- und Verbote sind kontraproduktiv. Was im Kartellrecht streng verboten ist, nämlich abgestimmtes Verhalten, müsste in einer Netzwerkpartnerschaft zum Wohle aller neu definiert werden.

Fazit: Die Wärmepumpe wird nur dann wettbewerbsfähig bleiben, wenn die Strompreise (Energie, Netz und Steuern) auf einem attraktiven Niveau gehalten werden. Diese Erkenntnis müsste sich auch in einer modifizierten Experten- und Politikberatung niederschlagen – nutzen wir diese Chance bei einer neuen Regierungskonstellation. ■